



**Bericht
des Stadtrates an
den Gemeinderat**

Nr. 53/2008

820.04.07

Postulat der Geschäftsprüfungskommission betreffend

**Konsequenzen aus dem Bericht „Überprüfung Strategie-
umsetzung durch die IBC Energie Wasser Chur“ von Price-
waterhouseCoopers (PWC)**

Antrag

Das Postulat sei zu überweisen.

Begründung

1. Ausgangslage

Die IBC wurden auf den 1. Januar 2006 als selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt aus der Stadtverwaltung ausgegliedert. Diese Verselbständigung soll es den IBC ermöglichen, die folgenden Hauptzielsetzungen auch in Zukunft zu erfüllen:

- Sichere und qualitativ hochstehende Versorgung der Stadtbevölkerung mit Energie und Wasser;
- weitere Optimierung der Dienstleistungen;
- Erhalt der Ertragskraft zugunsten der Stadt.

Mit der Umwandlung der IBC in eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt, der damit möglichen Ausdehnung des Versorgungsgebiets und durch die Erschliessung neuer Teilmärkte sollen der Handlungsspielraum vergrössert und die sich negativ abzeichnende Entwicklung bei der Ertragskraft kompensiert werden.



2. Auftrag an PricewaterhouseCoopers

Bei der Überprüfung der städtischen Voranschläge und Rechnungen stellte die GPK fest, dass die IBC den seitens der Stadt erwarteten Mittelzufluss nicht garantieren können. Die Reduktion der Margen im Energiegeschäft, Unterhaltsarbeiten und erhöhte Abschreibungen infolge grösserer Investitionstätigkeit führten dazu, dass die erwartete Gewinnablieferung bisher nicht erreicht wurde. Als Folge davon erteilte die GPK in Absprache mit dem Stadtrat der Firma PricewaterhouseCoopers (PWC) den Auftrag für eine Überprüfung der Strategieumsetzung durch die IBC. Der Bericht sollte ausser den Analyseergebnissen auch Handlungsempfehlungen enthalten. Er wurde am 12. Juli 2008 der GPK zugestellt und am 2. September 2008 dem Gemeinderat präsentiert.

3. Bericht der PWC

PWC kommt in ihrer Analyse im Wesentlichen zu folgenden Schlüssen:

- Die IBC haben alles in allem eine gute Leistung erbracht.
- In den Bereichen Aufsicht und Steuerung besteht Handlungsbedarf.
- Die Gewinnsteigerungsmöglichkeiten für die nächsten Jahre werden als eher bescheiden bezeichnet.
- Die Gewinnablieferungen an die Stadt im bisherigen Umfang sind aufgrund der in näherer Zukunft zu tätigen Ersatzinvestitionen in die Infrastruktur nicht realistisch.
- Die IBC sind in finanziellen Belangen zu wenig flexibel und benötigen mehr Spielraum, etwa zur Finanzierung von Renditeprojekten.
- Zurzeit fehlen messbare Zielgrössen bezüglich Leistungserbringung durch die IBC.

4. Beurteilung

Der Stadtrat ist überzeugt, dass die Umwandlung der IBC in eine öffentlich-rechtliche Anstalt der richtige Weg war, um deren Ertragskraft zu erhalten bzw. zu stärken. In der Zwischenzeit aufgetretene Probleme müssen analysiert und durch geeignete Massnahmen korrigiert werden.

Im Postulat der GPK wird der Stadtrat aufgefordert, zum Bericht der PWC aus Sicht der Stadt Stellung zu nehmen. Falls er den im Bericht aufgeführten Handlungsbedarf anerkennt, sollen Vorschläge erarbeitet werden, wie die angestrebten Ziele im Rahmen der geltenden Rechtsform erreicht werden können. Ebenfalls soll eine Eigentümerstrategie zur Er-



reichung der längerfristigen Ziele erarbeitet werden. Diese Überprüfung kann nur in enger Zusammenarbeit zwischen der Stadt und den IBC erfolgen.

Für den Stadtrat ist von grösster Wichtigkeit, dass die Ertragskraft der IBC auch in Zukunft erhalten bleibt. Sinkende Margen im Kerngeschäft müssen durch andere Geschäfte kompensiert werden können. Der Bericht der PWC listet Handlungsempfehlungen zum rechtlichen Rahmen, zu den finanziellen Grundlagen, zum Zielsystem und zu den Führungsinstrumenten auf. Diese müssen kritisch überprüft werden. Der Stadtrat wird zu diesem Zweck eine Arbeitsgruppe unter Federführung der Finanz- und Liegenschaftenverwaltung (Departement 1) einsetzen. Die darauf gestützten Erkenntnisse und Anträge wird der Stadtrat dem Gemeinderat im Laufe des Jahrs 2009 in einer Botschaft unterbreiten.

Der Stadtrat beantragt Ihnen, sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident, sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates, das Postulat zu überweisen.

Chur, 6. Oktober 2008

Namens des Stadtrates

Der Stadtpräsident

Der Stadtschreiber

Christian Boner

Markus Frauenfelder

Aktenauflage

- Bericht von PricewaterhouseCoopers vom 30. Juni 2008
- Gesetz über die Industriellen Betriebe der Stadt Chur vom 27. November 2005
- Leistungsauftrag vom 6. Oktober 2005
- Statuten der Industriellen Betriebe der Stadt Chur vom 6. Oktober 2005

Postulat

M. Frauenfelder, Stadtschreiber

Konsequenzen aus dem Bericht „Überprüfung Strategieumsetzung durch die IBC Energie Wasser Chur“ von PricewaterhouseCoppers

Die Gründe für die Ausgliederung der IBC mit dem Gesetz vom 27. 11. 2005 können auf folgende Weise zusammengefasst werden: Da in der Zukunft durch den Umbruch im Energiegeschäft und in der Energiepolitik eine Margenminderung im städtischen Energiegeschäft erwartet wird, kann der für den städtischen Haushalt wichtige Ertrag der IBC nur gesichert werden, wenn die IBC über den städtischen Versorgungsauftrag hinaus neue Geschäftsfelder auch über das städtische Gebiet hinaus bewirtschaften kann. Um die dazu notwendigen vertraglichen Verpflichtungen eingehen zu können, muss die IBC eine neue Rechtsform erhalten.

Bei der Überprüfung der städtischen Voranschläge und der Rechnungen stellte die GPK fest, dass die ausgliederte IBC den erwarteten Mittelzufluss nicht garantieren kann.

Am 17. März 2008 erteilte die GPK in Absprache mit dem Stadtrat dem Unternehmen für Wirtschaftsprüfung PricewaterhouseCoppers den Auftrag zur Überprüfung der Strategieumsetzung durch die IBC auf der Grundlage des Gesetzes über die Industriellen Betriebe der Stadt Chur und des zugehörigen Leistungsauftrages. Der Bericht sollte ausser den Analyseergebnissen auch Handlungsempfehlungen enthalten. Der Bericht ist am 12. Juli 2008 der GPK zugestellt worden.

Der Bericht enthält aus ökonomischer Sicht auch eine Kritik der von der Politik gefällten Entscheide bei der Ausgliederung. Die Handlungsempfehlungen betreffen Änderungen, die in die Kompetenz des Gemeinderates und des Stimmbürgers fallen. Aus diesen Gründen erteilt die GPK mit diesem Postulat dem Stadtrat die folgenden Aufträge, deren Resultate dem Gemeinderat vorzulegen sind. Falls es sich als notwendig erweist, können die Aufträge auch zeitlich gestaffelt ausgeführt werden.

1

Beurteilung des Berichtes der PricewaterhouseCoppers aus der Sicht und den Interessen der Stadt Chur.

2

Aufklärung der grossen Abweichungen in der Beurteilung der für die Sicherheit des Versorgungsnetzes notwendigen Investitionen im Zeitpunkt der Ausgliederung (Businessplan) und kurze Zeit danach.

3

Falls der im Bericht ausgeführte Handlungsbedarf anerkannt wird, sollen Vorschläge erarbeitet werden, wie im Rahmen der geltenden Rechtsform die angestrebten Ziele erreicht werden können.

4

Vorlage einer Eigentümerstrategie zur Erreichung der längerfristigen Ziele.

Chur, den 10. September 2008

Für die GPK

Beda Frei

Der Präsident